

'Col-lectiu Praga' - Dozenten der Universität Für das Recht zu entscheiden

Wir lehnen hiermit die Anschuldigung der spanischen Staatsanwaltschaft gegen Mitglieder des Wahlrats von Katalonien (Sindicatura Electoral de Catalunya) ab.

Die Unterdrückung von katalanischen Politikern und Bürgern, die in institutionellen Bewegungen und Bürgerbewegungen tätig sind, wird weiterhin fortgesetzt. Sie richtet sich gegen diejenigen, die alles für das Recht auf Entscheidung gegeben haben.

In diesem Zusammenhang hat die spanische Staatsanwaltschaft am vergangenen Donnerstagabend die Anklagen gegen Mitglieder des Wahlrats von Katalonien veröffentlicht, in denen ihnen Ungehorsam und widerrechtliche Ausübung von Funktionen vorgeworfen werden.

Neben der gerichtlichen Analyse, die notwendig ist, fallen insbesondere zwei Dinge auf. Zum einen lässt die Anklage beim ersten der zwei genannten Verbrechen nach einem ganzen Jahr der Voruntersuchung offen, auf welche Art von Ungehorsam verwiesen wird. Das Strafgesetzbuch bezieht sich auf zwei Arten von Ungehorsam, von denen eine zu einer Gefängnisstrafe führt, die andere jedoch nicht.

In der Anklage ist nicht angegeben, auf welche der beiden Angaben sie sich bezieht, obwohl rechtliche Unterschiede bestehen. Dies ist ein Zeichen von dem Mangel an Ernsthaftigkeit, mit der die Anklage erhoben wird. Es zeigt auch wieder die unlautere politische Nutzung der Instrumente eines demokratischen Staates, die zur Bekämpfung von Straftätern gedacht sind und stattdessen völlig anständige und unschuldige Personen verdrehten Strafmaßnahmen unterwerfen.

Die andere Anklage ist die widerrechtliche Aneignung öffentlicher Funktionen. Dieses Verbrechen wird lediglich erwähnt, ohne dass auf eine bestimmte Handlung Bezug genommen wird. Abgesehen von dem Versuch, die Angeklagten einzuschüchtern, ist diese Anklage einfach unverständlich. Wenn Volksabstimmungen, die der Staat für illegal hält, auf ausdrücklichen Wunsch des Staatsgesetzgebers nicht mehr als Straftaten angesehen werden, mit der völlig vernünftigen Begründung, dass solche Handlungen keinerlei strafrechtlichen Charakter haben und der Staat über andere, nicht strafrechtliche Maßnahmen verfügt, die es gegen sie anwenden kann, wie kann die Teilnahme an einer nicht strafbaren Handlung möglicherweise eine Straftat sein?

Von den fünf angeklagten Mitgliedern des Wahlrats sind vier Lehrer an der Universität, und zwei von ihnen - Marc Marsal und Josep Pagès - sind Mitglieder unserer Organisation. Wir drücken unsere Solidarität und Unterstützung für alle fünf aus.

Barcelona, 28. Oktober 2018.